

Wolfgang Fritz Haug: Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt. Berlin: Argument-Verlag 1987. 336 Seiten.

Walter Euchner

Veteranen der Studentenbewegung und Faschismuskennern ist Wolfgang Fritz Haugs Buch „Der hilflose Antifaschismus“ in Erinnerung, das 1967 in der Edition Suhrkamp erschienen ist und der damals, wiederbelebten marxistischen Faschismusforschung beträchtliche Impulse verliehen hat. Dies Buch hat inzwischen mehrere Auflagen erlebt. Es ist leicht verständlich, daß es Haug gereizt haben muß, die gegenwärtige Diskussion um die historische Einordnung des Nationalsozialismus, weltweit bekannt geworden als „Historikerstreit“, im Lichte seiner damaligen Erkenntnisse zu interpretieren. Auf diese Weise ist eine neue Publikation entstanden, die den Titel „Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt“ trägt und in die der „Hilflose Antifaschismus“ integriert ist. In seiner Schrift „Der hilflose Antifaschismus“ hatte Haug Ringvorlesungen über das Verhältnis von Universität und Faschismus analysiert, die in den 60er Jahren von Universitätsprofessoren an bundesdeutschen Universitäten auf nachdrücklichen studentischen Wunsch gehalten worden sind. Die Sprachanalyse ergab den Gebrauch unangemessener Metaphern (z. B. aus dem medizinischen Bereich, wie die „Bazillen“ des NS), Dämonisierungen, undifferenzierte Kultur- und Zivilisationskritik (NS als „Geistverlassenheit“ der Massen) sowie ein unklares Politikverständnis (Politisierung der Universität vs. „reine“, von den Nazis zerstörte Wissenschaft). Als wichtigstes Defizit diagnostizierte Haug, daß Versuche, die faschistischen Phänomene gesellschaftsanalytisch zu erfassen, z. B. das Interessenfundament sozialer Kämpfe und Ideologien zu verstehen, kaum unternommen oder aber in gezielt antimarxistischer Absicht, etwa dadurch, daß Sozialkritik und Sozialutopie selbst als Ursachen des Faschismus dargestellt wurden, abgewiesen wurden. Häufig habe das Fazit gelautet: „Braun gleich rot“! Die Kritik am Nationalsozialismus ist Kampf gegen den Kommunismus.

Haug schlägt den Bogen zur Gegenwart. Die Studentenbewegung habe die nötige Sensi-

bilität für die Frage nach den sozialen Ursprüngen des Faschismus entwickelt. Doch inzwischen hätten sich Wachsamkeiten zurückgebildet und Reizschwellen gesenkt. Nach dem Regierungsantritt der liberalkonservativen Koalition hätten die konservativen Kreise die Zeit für eine Revision des Bildes der jüngsten deutschen Geschichte für gekommen gehalten. Da die Gegenreaktion von links bekanntlich nicht ausgeblieben ist, spricht Haug sehr richtig von den „neuen Deutungskämpfen um Anti/Faschismus“.

Haug's Methode dieser „Deutungskämpfe“ ist wiederum die einer gesellschaftstheoretisch angeleiteten Sprachanalyse. Die Untersuchung, der wohl kaum ein einschlägiger Text von Bedeutung entgangen ist, behandelt die Aussagen gruppiert nach „topoi“, wie die „Schlußstrichforderung“ und die Versuche, die Geschichtsrevision politisch umzusetzen (z. B. durch die Einladung des Präsidenten der Vereinigten Staaten auf den Soldatenfriedhof Bitburg, auf dem auch SS-Angehörige liegen). Schließlich rückt die „Historikerdebatte“ in den Mittelpunkt.

Haug spricht es zwar nicht explizit aus, doch aus seinen Ausführungen kann es geschlossen werden: Die Historikerdebatte unterscheidet sich von den Ringvorlesungen der 60er Jahre durch weitgehendes Verschwinden der Naivität. Die sog. Singularität der Verbrechen, die von Deutschen z. Z. der Naziherrschaft massenhaft an Angehörigen anderer Völker verübt worden sind, soll relativiert und gewissermaßen geschichtsphilosophisch dadurch verstehbar gemacht werden, daß sie in eine perennierende und vermutlich nicht abreißende Reihe von Völkermorden gestellt wird. Dem, der sich dieser Sicht unter Hinweis auf ethische Standards, die die Deutschen im Verlauf der Jahrhunderte doch erreicht hätten, verweigert, wird gesinnungsethisches Raisonement vorgehalten. Haug stellt die Frage nach den Zielen der Geschichtsrevisionisten. Er nennt wirtschaftliche Interessen: Der neue Schub technologischer Innovationen fordere eine politisch unbelastete Stellung der Bundesrepublik auf dem Weltmarkt. Wichtiger scheint ihm jedoch eine These zu sein, die kühn einen neuen Interpretationshorizont aufreißt. Die Geschichtsrevisionisten imaginierten einen „anderen“, sozusagen kontrafaktischen Geschichts-

verlauf, der die Naziherrschaft und den verlorenen Krieg einfach negiere. Irreale Ziele wie die Forderung nach Wiedervereinigung Deutschlands oder gar die Vorstellung einer Neuordnung Europas, die von der sozialistischen Gesellschaftsordnung der Länder des Ostblockes absähen, fänden so ihre Erklärung. Imaginäre Projekte also, ohne Realisierungschancen, gleichwohl konfrontationsträchtig.

Methodologisch gesehen, sind die Texte durch fortgesetzte Suche nach einem Organon marxistischer Ideologiekritik verbunden: „Es bedürfte (...) einer ideologietheoretisch versierten und materialistisch-historisch erfahrenen Semiotik, die hinter Subjekte, ihre Benennungen, Artikulationen, Ideen und Absichten zurückgehen kann in gesellschaftliche Verhältnisse und antagonistisches Handeln in ihnen" (S. 238). Es braucht nicht zu erstauen, daß Haug von dieser Position aus zu einer Kritik der Kriterien, die Habermas im „Historikerstreit" verwandt hat, gelangt. Dessen Rede von „Verfassungspatriotismus", sein Bekennnis zu den politischen Werten des Westens, sei in einer „verbindlich-unverbindlichen Instanz der Moral" verankert, weiche einer sozialwissenschaftlichen Erklärung aus und führe zu einer „Entfaschisierung" des Faschismus (S. 250, 291 f.).

Ich muß gestehen, daß mir Haugs Kontrastierung von materialistisch fundierter funktionaler Analyse von Interessen und Ideologien einerseits und den Versuchen, moralisch oder diskursethisch begründete Standorte und Kriterien herauszuarbeiten, andererseits, nicht ganz einleuchtet. Denn die Funktionsanalyse, der Nachweis der Interessenbezogenheit einer ideologischen Position, sagt über deren axiomatische Letztbegründung nichts aus. Deshalb muß die Ideologiekritik durch eine Analyse dieser Grundüberzeugungen ergänzt werden. Im „Historikerstreit" wird in letzter Instanz nicht um Details der historischen Forschung, sondern gerade um jene fundamentalen Sichtweisen gerungen. Das an den egalitären Aspekten der Aufklärung orientierte Gesellschaftsbild und die Hoffnung auf ewigen Frieden stehen *gegen* ein politisches Bild, wonach die Konkurrenz der Starken und der mächtigen Nationen Wohlfahrt erzeugt, von denen auch die Schwachen profitieren können; ein Kampf freilich, bei dem auch mit Unterdrückung, Mord und Vernichtung gerech-

net werden muß. (Vgl. dazu Fest in „Historikerstreit", München 1987, S. 110 f.). Der „Historikerstreit" ist nicht zuletzt, um mit Haug zu reden, ein „Deutungskampf", der sich an derartigen Grundmustern des politischen Denkens orientiert. Er geht deshalb auch die Politikwissenschaft an, die zu deren Analyse Gewichtiges beizutragen hat. Haugs verdienstvolle Untersuchung kann als Anregung zu weiterführenden Forschungen verstanden werden.

REPLIK

Winfried Becker zu Alf Mintzel (PVS 4/88)

Keiner der von M. genannten, meine Studie angeblich überflüssig machenden Autoren (auch nicht Schmidt, zugleich mit meinem Buch erschienen) behandelt mein Thema, das Entstehen und Zusammenwachsen der Union aus 21 Landesparteien in allen vier Zonen von 1945 --1950, während der ersten, programmatisch und organisatorisch entscheidenden Jahre ihres Bestehens. Mein Projekt war zusätzlich durch die Benutzung vieler neuer Quellen und durch Einbeziehung einer neuen Fragestellung legitimiert, die den Widerstand der Gründergeneration gegen den Nationalsozialismus mehr beachtet als frühere mehr organisationsgeschichtliche Werke, die ich anerkannt habe. Meine These lautet, daß maßgebliche Unionsgründer 'in *allen* Landesverbänden trotz ihrer Herkunft aus Zentrum oder BVP diese nicht wiederbeleben,, sondern eine Volkspartei aus Christen beider Konfessionen schaffen wollten, die die Wiederkehr der Parteienzersplitterung und einer neuen Diktatur verhindern sollte. Ihr Handeln aus lebensweltlicher Erfahrung, aus der Konsequenz des geistigen Widerstands gegen den NS, dokumentiere ich breit. Die These, von M. nicht widerlegt, steht im Einklang mit anderen neuen Forschungen, ist weder meine private „Leitidee" noch „fundamentalistisch" noch „einseitig katholisch", weil ich gerade nachweise, daß die katholischen Gründer die ihnen vertraute Plattform des früheren Zentrums verließen und auf äh-